



## Presseschau vom 13.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

**Scott Ritter: US-Waffen sorgen für noch mehr Opfer in der Ukraine – ändern aber nichts am Ausgang des Konflikts**

Die USA tun alles, um das Leiden des ukrainischen Volkes zu verlängern, indem sie Bedingungen schaffen, die eine Ausweitung des militärischen Vorgehens Russlands und die anschließende Zerstörung der ukrainischen Staatlichkeit geradezu provozieren. ...

<https://kurz.rt.com/30nm> bzw. [hier](#)

**Anna Schafraan: Russland und das Bologna-System: Den Albtraum vergessen**

Argumente, die das Bologna-System verteidigen, sind hohl. Es gibt keinen Grund, russische Studenten weiterhin gemäß fremder Formate und Programme zu unterrichten, die in der russischen Umgebung nicht funktionieren ...

<https://kurz.rt.com/30h5> bzw. [hier](#)

**Geworg Mirsajan: Wie die Ukraine den Rüstungsinteressen des Westens ein Bein stellt**

Waffenlieferungen an die Ukraine verwandeln das Land in einen Schwarzmarkt für Kriegsgerät. Abnehmer ist nicht nur Kiew. Korrupte Beamte, internationale Banden und Dschihadisten freuen sich auf die frische Ware aus dem Westen. Verantwortlich soll wieder einmal Moskau sein. ...

<https://kurz.rt.com/30kk> bzw. [hier](#)

**de.rt.com: Folter statt Pressefreiheit ? Assange in der Klemme der britischen Politik**

Während die Unterstützer von WikiLeaks-Gründer Julian Assange auf die neue australische Regierung hoffen und nach Spanien blicken, hat die britische Regierung einerseits Spähangriffe auf dessen Anwälte eingestanden, und andererseits neue Gesetze vorgebracht.

...

<https://kurz.rt.com/30op> bzw. [hier](#)

**Maria Müller: Ergebnisse des OAS-Gipfels: Lateinamerika erhebt sich gegen US-Vorherrschaft**

Nach dem Ende des OAS-Gipfeltreffens kann man festhalten: Lateinamerika erhebt sich gegen die Bevormundung seitens der USA. Allen voran Argentinien, Bolivien und Mexiko erhoben ihre Stimmen. ...

<https://kurz.rt.com/30oy> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**21:40 de.rt.com: Erdogan möchte mit Putin und Selenskij über den "Getreidekorridor" aus der Ukraine sprechen**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärte am Sonntag, er wolle nächste Woche Gespräche mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin und seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij führen, um über sichere Getreideexporte aus der Ukraine zu sprechen. Er sagte:

"Es gibt einen Krieg zwischen der Ukraine und Russland, und wir wissen, dass landwirtschaftliche Produkte zu einem großen Teil aus diesen Ländern kommen. [...] Im Moment haben wir keine Probleme damit, wir haben 5 Millionen Tonnen Weizen in unseren Lagern, aber wir würden diese Mengen gerne erhöhen".

"Wir werden uns nicht nur für uns selbst, sondern auch für Drittländer an den Arbeiten zur Schaffung eines sicheren Korridors für die Verschiffung von Agrarprodukten beteiligen", fuhr er fort. "Die Verhandlungen sind im Gange. In der kommenden Woche werden wir mit Selenskij und Putin besprechen, welche Schritte unternommen werden können."

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte zuvor erklärt, dass Moskau bereit sei, ungehinderte Getreideexporte zu garantieren, wenn die Ukraine ihre eigenen Häfen von Minen befreit, und dass sie Exporte über die von der russischen Seite kontrollierten Häfen arrangieren könne: Berdjansk und Mariupol.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a63b77b480cc56a7105cae.jpg>

#### **vormittags:**

7:18 (6:18) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Das kanadische Außenministerium kritisierte seinen Vertreter für den Besuch der russischen Botschaft zu Ehren des Tages Russlands**

Keiner der Vertreter Kanadas solle mehr bei Veranstaltungen zu Feiertagen der Russischen Föderation anwesend sein, sagte die kanadische Außenministerin Melanie Joly.

Am 10. Juni fand in der Russischen Botschaft in Ottawa anlässlich des Tages Russlands ein Empfang statt, an dem auch ein Vertreter Kanadas teilnahm. Joly nannte den Auftritt des Diplomaten bei der Veranstaltung „inakzeptabel“.

„Das ist inakzeptabel. Kein einziger Vertreter Kanadas sollte an einer Veranstaltung teilnehmen, die in der russischen Botschaft stattfand, und kein einziger Vertreter Kanadas wird mehr an solchen Veranstaltungen teilnehmen“, zitierte TASS die Leiterin der kanadischen Diplomatie .

Die Erklärung der Ministerin stehe im Zusammenhang mit der Unterstützung der Ukraine während der Sonderoperation, hieß es.



[https://www.novorosinform.org/content/images/65/48/46548\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/65/48/46548_720x405.jpg)

*Die kanadische Außenministerin Melanie Joly*

### 7:35 de.rt.com: **Chef der Arabischen Liga: Westen setzt arabische Länder unter Druck, Russland zu verurteilen**

Die arabischen Länder sahen sich von der westlichen Welt starkem Druck ausgesetzt, sich gegen die russische militärische Sonderoperation in der Ukraine auszusprechen, haben sich davon jedoch nicht einfangen lassen. Dies erklärte der Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, Ahmed Aboul Gheit, am Sonntag in einem Interview mit dem ägyptischen TV-Sender Sada El balad. Er sagte:

"Die arabischen Länder sind vom Westen stark unter Druck gesetzt worden, zur Krise in der Ukraine eine konkrete Stellung zu beziehen und Russlands Militäraktion zu verurteilen. Sie gerieten in eine äußerst heikle Situation, aber sie haben sich dem Druck, der auf ihnen lastete, nicht gebeugt."

Der Westen habe damit eine internationale Isolation Russlands erzwingen wollen, führte Aboul Gheit aus. Er brachte ferner die Hoffnung zum Ausdruck, dass es den arabischen Regierungen gelingen werde, ihre nationale Sicherheit zu gewährleisten, ohne dass der Ukraine-Konflikt negative Auswirkungen auf sie haben werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a6cf5f48fbef349643bf76.jpg>

### 8:10 de.rt.com: **Gesamtwert deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine bereits bei 350 Millionen Euro**

Die Bundesregierung hat in den ersten gut drei Monaten seit der Eskalation des Ukraine-

Konflikts die Lieferung von Waffen und anderen Rüstungsgütern im Wert von 350,1 Millionen Euro an Kiew genehmigt. Das geht aus einer Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dağdelen hervor, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

Vom ersten Tag der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine, dem 24. Februar, bis zum 1. Juni gab die Regierung demnach grünes Licht für die Lieferung von Kriegswaffen für 219,8 Millionen Euro und sonstige Rüstungsgüter wie Helme und Schutzwesten für 85,2 Millionen Euro. Hinzu kommen Waffen und Ausrüstung der Bundeswehr für 45,1 Millionen Euro, die ab dem 1. April in einem vereinfachten Verfahren genehmigt wurden. Hierfür gibt es keine Aufschlüsselung in Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter.

Staatssekretär Udo Philipp weist in dem Schreiben an Dağdelen darauf hin, dass es sich größtenteils um gebrauchtes Material der Bundeswehr handele und dessen "Zeitwert" berechnet worden sei – nicht der teils deutlich höhere Neuwert.

Die Lieferungen umfassten unter anderem Panzerfäuste, Flugabwehrraketen, Splittergranaten und mehr als 20 Millionen Schuss Munition. Schwere Waffen wie Artilleriegeschütze und Flugabwehrpanzer wurden bisher zwar zugesagt, aber noch nicht geliefert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a6d500b480cc3f6f4f0d63.jpg>

*Flugabwehrkanonenpanzer Gepard der Bundeswehr auf dem Truppenübungsplatz Munster, 26. April 2022*

### **8:33 de.rt.com: Doch keine 40 Leopard-Panzer aus Spanien an die Ukraine: Berlin erteilte offenbar Absage an Madrid**

Kürzlich aus Spanien vermeldete Berichte über den geplanten Export von vierzig Leopard-2-Panzern aus deutscher Produktion an die Ukraine brachten die Bundesregierung zunächst in Erklärungsnot. Nun hat Madrid die Pläne wegen der Bedenken Berlins angeblich revidiert. Madrid hat die Pläne zur Lieferung von Panzern aus deutscher Produktion an die Ukraine aufgrund der Bedenken Berlins angeblich revidiert. Berichten zufolge läutete Berlin die Alarmglocken, nachdem die spanische Zeitung El País am Wochenende berichtet hatte, Madrid bereite die Lieferung von etwa 40 Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 A4 vor. Die Panzer stammen aus deutscher Produktion. Mit einer sogenannten Endverbleibsklausel hat sich Deutschland – wie bei solchen Rüstungsgeschäften üblich – einen Vorbehalt für die Weitergabe an Dritte gesichert, sodass die Bundesregierung erst zustimmen müsste. Das zuständige Gremium dafür ist der Bundessicherheitsrat, der mit einer Sitzung tagt oder auch im sogenannten Umlaufverfahren Konsens herstellen kann.

Madrid habe das Vorhaben aufgrund der Bedenken der deutschen Regierung drastisch zurückschrauben müssen, berichtete Business Insider Deutschland am Samstag. Die spanische

Regierung habe sich schließlich bei Bundeskanzler Olaf Scholz entschuldigt, hieß es in dem Magazin. Da es mit der Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern das erste Mal wäre, dass ein NATO-Mitgliedstaat moderne Panzer in die Ukraine schickt, wurde befürchtet, dass so ein Präzedenzfall geschaffen und damit vermutlich Druck auf Deutschland ausgeübt wird, diesem Beispiel zu folgen.

Zuvor übergab der Westen nur Panzer im sowjetischen Stil an die Streitkräfte der Ukraine. In Deutschland haben Politiker der Regierungspartei SPD bisher betont, es gebe eine informelle Übereinkunft zwischen den NATO-Staaten, solche Waffen nicht zu liefern. Madrid hat seine Pläne laut Business Insider seither auf maximal 10 Fahrzeuge reduziert.

Die Leopard-A4-Kampfpanzer gehören zu einer Serie von ursprünglich 108 gebrauchten Einheiten, die Deutschland 1995 als Vorläufer des Leopard-Produktionsvertrags in Spanien verkauft hat und die seit einem Jahrzehnt in der Logistikkbasis der spanischen Armee in Saragossa eingelagert wurden. Jegliche Lieferung würde eine gründliche Überholung erfordern. Business Insider behauptet unter Berufung auf ungenannte deutsche Regierungsquellen, die Lieferung der Panzer sei fraglich, da sie außer Betrieb seien und dringend repariert werden müssten, was bis zu mehreren Monaten dauern könne.

Seit seiner Indienststellung im Jahr 1979 ist das Modell (und seine Varianten) der Hauptkampfpanzer der deutschen Bundeswehr. Mehr als ein Dutzend weiterer Länder in Europa und anderswo haben ihn ebenfalls erworben.

Seit Beginn der russischen Offensive in der Ukraine Ende Februar haben eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten sowie die USA, das Vereinigte Königreich und Australien die Ukraine mit Waffen und Munition beliefert. Während diese Länder im ersten Monat des Konflikts keine schweren Waffen an Kiew lieferten, haben einige von ihnen in letzter Zeit damit begonnen, unter anderem Haubitzen und Mehrfachraketen-Systeme in die Ukraine zu schicken. Früher im Juni hatte El País berichtet, dass Madrid die Lieferung einer Batterie von Flugabwehrraketen abschließen wolle. Darüber hinaus war Spanien Berichten zufolge bereit, in Deutschland hergestellte Leopard-2-A4-Kampfpanzer an Kiew zu liefern und dafür auch ukrainisches Personal auszubilden. Moskau hat diese Lieferungen stets verurteilt und behauptet, sie dienen nur dazu, den Konflikt zu verlängern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a6da4e48fbef3dd82ec144.jpg>

*Kampfpanzer Leopard 2 A7V der Bundeswehr steht auf dem Übungsplatz in Niedersachsen, Munster, 28. April 2022*

### **8:45 de.rt.com: Kredite der Einwohner des Gebiets Saporoschje bei ukrainischen Banken werden gestrichen**

Nach dem Schritt des Gebiets Cherson haben nun auch die Behörden des Gebiets Saporoschje angekündigt, die Schulden aller Einwohner der Region bei ukrainischen Banken abzuschreiben. Das Mitglied des Hauptrates der regionalen Militär- und Zivilverwaltung, Wladimir Rogow, erklärte gegenüber RIA Nowosti:

"Für die Menschen bringt es keinerlei Logik hervor, den Banken Wucherzinsen für Kredite

zahlen, wenn man berücksichtigt, dass all dieses Geld zur Tötung derselben Zivilisten verwendet wird. Warum sollten sie für ihren eigenen Mord bezahlen? Alle Kreditschulden der ukrainischen Banken werden auf Null gesetzt."

Außerdem seien der lokalen Bevölkerung bereits zum 1. März die Schulden bei den Versorgungsunternehmen erlassen worden, fügte Rogow hinzu. Er versicherte zudem, dass die Behörden die Menschen mit dem Problem der blockierten Einlagen in ukrainischen Sparkassen nicht im Stich lassen würden. Er forderte die Einwohner auch auf, Geld von ihren Einlagen abzuheben und in andere Währungen umzutauschen.

### Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 13.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

33 Mann;

5 Schützenpanzerwagen;

7 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinen Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 13 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und Mörsern des Kalibers 120mm **auf Stachanow und Kremennaja abgefeuert.**

Durch Beschuss

- wurde in Kremennaja **eine Frau, geb. 1943, verletzt;**

- wurden in Stachanow 11 Mehrparteienwohnhäuser, 7 private Häuser sowie der Kinderkarten „Swetljatschok“ beschädigt.

**Seit Beginn des heutigen Tages** hat der Gegner weiter die Zivilbevölkerung der Republik beschossen.

So haben ukrainische Nationalisten **Solotoje-5** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen. Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, hat die Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermitteln und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien und evakuiert die friedliche Bevölkerung aus der Kampfzone.

### 9:20 de.rt.com: **Ukrainischer Verteidigungsminister wirft Europa Ukraine-Ermüdung vor**

Kiew hat neue Vorwürfe gegen den Westen wegen mangelnder Unterstützung im Ukraine-Krieg erhoben. Diesmal rügte Verteidigungsminister Alexei Resnikow Europa für Probleme mit Waffenlieferungen und für dessen Konfliktmüdigkeit. Im Interview mit der Zeitung The Economist sagte er:

"Europa versteht entweder nicht ganz, was vor sich geht, oder es versteht es, ist aber müde und hat sich damit abgefunden."

Resnikow drückte die Meinung aus, dass die Ukraine für Deutschland und Frankreich ein "lästiges Hindernis" für ein angenehmes Leben sei. Der Minister räumte außerdem ein, dass er nach den Gesprächen mit seinen Kollegen aus Berlin und Paris "ein paar ziemlich scharfe Worte fallen lassen" könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a6e4a6b480cc3bc34f7afd.jpg>  
Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow bei einer Ukraine-Konferenz auf der Ramstein Air Base in Ramstein-Miesenbach, 26. April 2022

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 13.6.22 um 10:30 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 250 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Artilleriesystemen des Kalibers 152mm und 122mm, Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.**

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei **starb ein Mensch, 10 Zivilisten, darunter ein Kind, wurden verletzt**. 31 Wohnhäuser, ein Fahrzeug und 10 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden ein Schützenpanzer, 2 Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 2 Haubitzen D-30, 3 Lastwagen und 35 Mann des Gegners vernichtet. 3 Feuerpunkte des Feinds im Gebiet von Marjinka und 2 Feuerpunkte im Gebiet von Peski wurden unterdrückt.

**10:09 de.rt.com: Finnland will NATO nur zusammen mit Schweden beitreten**

Finnland wird dem von den USA geführten NATO-Block nicht ohne Schweden beitreten, wie der finnische Präsident Sauli Niinistö am Sonntag während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Helsinki erklärte.

Finnland will nur in die NATO, wenn auch das Nachbarland Schweden Mitglied werden kann. Das erklärte der finnische Präsident Sauli Niinistö am Sonntag während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Helsinki.

Niinistö sagte auf der Pressekonferenz:

"Ich sage, dass Schwedens Fall der unsere ist. Das bedeutet, dass wir weiter Hand in Hand gehen werden."

Der NATO-Chef signalisierte seinerseits, dass das Bündnis keine Frist für die Annahme der Angebote Finnlands und Schwedens gesetzt habe, sondern die Differenzen zwischen ihnen und der Türkei "so schnell wie möglich" ausräumen wolle. Stoltenberg betonte, dass der bevorstehende Gipfel der Allianz, der für Ende Juni geplant ist, nie als Frist für die Aufnahme

der beiden potenziellen Mitglieder gesehen wurde.

Stoltenberg zu dem Termin:

"Das Gipfeltreffen in Madrid war nie ein Stichtag; gleichzeitig möchte ich, dass dieses Problem so bald wie möglich gelöst wird. Deshalb arbeiten wir intensiv mit unserem NATO-Verbündeten Türkei und auch mit Finnland und Schweden zusammen, um die von der Türkei aufgeworfenen Fragen zu klären."

Stoltenbergs Äußerungen signalisierten eine offensichtliche Änderung der NATO-Haltung bezüglich des Zeitrahmens für den möglichen Beitritt Finnlands und Schwedens. Anfang dieser Woche hatte der stellvertretende Generalsekretär der NATO, Camille Grand, die Hoffnung geäußert, dass die Differenzen zwischen der Türkei und den beiden Beitrittskandidaten noch vor dem Gipfel beigelegt werden könnten.

Grand erklärte in einem Interview mit dem Schweizer Fernsehsender RTS:

"Wir sind zuversichtlich, dass die Differenzen rechtzeitig vor dem Gipfel beigelegt werden. Es ist wichtig, die Bedenken der Türkei zu berücksichtigen."

Finnland und Schweden haben sich inmitten des anhaltenden Konflikts zwischen Russland und der Ukraine um einen Beitritt zur NATO bemüht. Obwohl beide nordischen Länder schon seit Jahrzehnten enge Beziehungen und militärische Zusammenarbeit mit dem von den USA geführten Block pflegen, sind sie de jure neutrale Länder geblieben.

Der potenzielle Beitritt der beiden Länder zum Block ist jedoch in eine Sackgasse geraten, da die Türkei den Beitrittsantrag der beiden Länder entschieden ablehnt. Ankara beschuldigt die beiden Länder, als "Gastgeber für terroristische Organisationen" zu fungieren und Mitglieder von verbotenen kurdischen Gruppen zu beherbergen, die es als "Terroristen" betrachtet. Die NATO erkenne die Bedenken der Türkei an, sagte Stoltenberg, und ermutige Verhandlungen zwischen Ankara und den beiden nordischen Ländern.

"Wenn ein wichtiger Verbündeter wie die Türkei ein Problem wie den Terrorismus anspricht, dann müssen wir uns natürlich zusammensetzen und es ernst nehmen. Und genau das tun wir auch", so Stoltenberg.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a6e56748fbef3a080490b3.jpg>

*Der finnische Präsident Sauli Niinisto (r.) und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg während der Kultaranta-Gespräche, die vom finnischen Präsidenten in der präsidentialen Sommerresidenz Kultaranta in Naantali, Finnland, am 12. Juni 2022 veranstaltet wurden*

10:10 de.rt.com: **DVR-Volksmiliz: Ukrainische Militärs in Sewerodonezk blockiert**

Die ukrainischen Sicherheitskräfte sind in Sewerodonezk faktisch blockiert, erklärte der stellvertretende Verwaltungsleiter der Volksmiliz der Volksrepublik Donezk, Eduard Bassurin, den Teilnehmern einer vom russischen Verteidigungsministerium organisierten Pressetour. Ihm zufolge hätten die ukrainischen Kämpfer gestern die letzte Brücke, die Sewerodonezk mit Lissitschansk noch verbunden hatte, gesprengt und sind nun nicht mehr in der Lage, die Stadt zu verlassen. Bassurin erklärte ferner:

"Die ukrainischen Militäreinheiten, die sich dort aufhalten, sind dort für immer geblieben. Sie haben zwei Möglichkeiten: Entweder sie folgen dem Beispiel ihrer Mitstreiter und ergeben sich oder sie sterben. Sie haben keine andere Wahl."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a6ef16b480cc3f6f4f0d70.jpg>

11:05 de.rt.com: **Humanitäre Hilfe aus Rostow für die Volksrepublik Lugansk**

Die Regierung des Gebiets Rostow hat gemeinsam mit der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk humanitäre Hilfe an die Stadt Perwomajsk geliefert.

Aufgrund des täglichen Artilleriebeschusses hatte die Stadt große Probleme mit der Versorgung ihrer Bürger. In Perwomajsk gibt es aktuell keine Wasserversorgung. Zwei Lastwagen mit Trinkwasser und Mehl sind nun aber in der Stadt eingetroffen.

Der stellvertretende Stabschef, Iwan Jefimow, ist überglücklich und gab an, die Hilfe als erstes an Rentner und bedürftige Familien mit Kindern zu verteilen. Er sagte:

"So haben wir heute eine Hilfslieferung erhalten, die an bedürftige Bürger verteilt werden soll, die hierher gekommen sind und deren Häuser zerstört wurden, um Menschen in schwierigen Zeiten irgendwie zu unterstützen."

Telegram-Kanal des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin: Die Einwohner von Swjatogorsk haben das terroristische Verhalten der ukrainischen Kämpfer selbst erlebt. Das weiß ich vom Bürgermeister der Stadt Wladimir Bandura. Wir stehen mit ihm schon lange in Verbindung, er wartete, wie viele Einwohner von Swjatogorsk, auf die Befreiung, unterstützt, die militärische Spezialoperation.

Aus verständlichen Gründen war er gezwungen, seine Position zu verheimlichen, er hatte die Aufgabe die Menschen zu schützen.

In der schweren Zeit hat Wladimir Wladimirowitsch seinen Posten nicht verlassen, die Einwohner respektieren und unterstützen ihn, deshalb habe ich ihm vorgeschlagen, den Posten als Bürgermeister von Swjatogorsk auszufüllen.

Jetzt steht die Aufgabe, in engem Kontakt mit unserem Stab zum Wiederaufbau der befreiten Territorien zu arbeiten und so schnell wie möglich ein friedliches Leben unter der Jurisdiktion der Donezker Volksrepublik aufzubauen: unsere Kommunikation, die Arbeit der Postfilialen, Schulen, Gesundheitseinrichtungen. Zusammen mit dem Rentenfonds die Annahme von Anträgen zur Auszahlung von Renten und Sozialzahlungen der DVR zu organisieren. Das Kloster ist ganz geblieben, Reparaturen sind nötig, wir werden alles wieder aufbauen.

11:35 de.rt.com: **Melnyk startet nächste "Charmeoffensive"**

Viele ukrainische Flüchtlinge kehren nach Überzeugung des ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk Deutschland wieder den Rücken zu, weil sie sich hier nicht willkommen fühlen.

Melnyk sagte in Bild-TV:

"Die meisten Ukrainer kehren zurück, schon längst [...] Es sind mehr Menschen, die abreisen aus diesem Land, als zu Ihnen kommen."

Man sollte sich in Deutschland Gedanken darüber machen, wieso viele Ukrainer "keine Lust haben, hier zu bleiben".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a703c2b480cc2f8a2bcd1b.jpg>

**nachmittags:**

12:25 de.rt.com: **Verteidigungsministerium: Russische Armee zerstört westliche Militärausrüstung bei Udatschnoje in DVR**

Die russischen Streitkräfte haben mit Langstrecken-Präzisionsraketen ein großes Lager mit westlichen Waffen und militärischer Technik, darunter aus den USA und europäischen Ländern, in der Nähe des Bahnhofs Udatschnoje in der Volksrepublik Donezk zerstört. Dies teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bei einem Briefing am Montag mit. Die Ausrüstung sei für ukrainische Nationalisten bestimmt gewesen.

Darüber hinaus meldete Konaschenkow die Zerstörung einer provisorischen Unterkunft ausländischer Söldner in der Nähe von Fjodorowka in der Volksrepublik Lugansk sowie zwei Mehrfachraketenwerfer-Batterien in den Bezirken Progress im Gebiet Charkow und Woltschejarowka in der LVR.

12:30 de.rt.com: **NATO-Sprecher: Ukraine entscheidet, wie viel Territorium sie für den Frieden eintauscht**

Bei seinem Besuch in Finnland erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, die Ukraine müsse selbst entscheiden, wie viel von ihrem Territorium sie für einen Frieden eintauscht. Der Frieden habe seinen Preis, so Stoltenberg. Er betonte aber, dass es an der Ukraine liege, diesen festzulegen.

Der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte am Sonntag bei seinem Besuch in Finnland, die von den USA geführte NATO-Militärallianz wolle die Position der Ukraine am Verhandlungstisch stärken, er fügte aber hinzu, dass jedes Friedensabkommen Kompromisse beinhalten würde, auch bezüglich des Territoriums.

Im Anschluss an ein Treffen mit dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö [nahm](#) Stoltenberg auch an den [Kultaranta-Gesprächen](#) teil, einem jährlich stattfindenden öffentlichen Forum zur

Erörterung aktueller politischer Ereignisse. Der NATO-Sprecher erklärte dort, der Westen sei zwar bereit, für die Stärkung des ukrainischen Militärs "einen Preis zu zahlen", aber Kiew werde Moskau sicherlich einige territoriale Zugeständnisse machen müssen, um den derzeitigen Konflikt zu beenden. So sagte Stoltenberg:

"Frieden ist möglich. Die Frage ist nur: Welchen Preis sind Sie bereit, für den Frieden zu zahlen? Wie viel Territorium, wie viel Unabhängigkeit, wie viel Souveränität ... sind Sie bereit, für den Frieden zu opfern?"

Stoltenberg gab dabei keine eigenen Ansichten zu den Bedingungen preis, die die Ukraine akzeptieren sollte. Er betonte vielmehr, dass "es die Sache derjenigen ist, die den höchsten Preis zahlen", dies zu entscheiden, während die NATO und der Westen den Ukrainern weiterhin Waffen liefern, "um ihre Position zu stärken", wenn es zu Verhandlungen über eine Lösung kommen sollte.

Der NATO-Generalsekretär sprach sich auch nicht direkt für die Abtretung ukrainischen Territoriums aus, erwähnte jedoch das Beispiel Finnlands, das Karelien als Teil eines Friedensabkommens zum Ende des Zweiten Weltkriegs an die Sowjetunion abtrat. Stoltenberg bezeichnete diese finnisch-sowjetische Einigung als "einen der Gründe dafür, dass Finnland aus dem Zweiten Weltkrieg als unabhängige, souveräne Nation hervorgehen konnte".

Stoltenbergs Äußerung kommt in einer Zeit, in der die Stimmung umschlägt und die Ukraine von ihren westlichen Unterstützern bald zu einem Friedensabkommen gedrängt werden könnte. Während US-amerikanische und britische Regierungsvertreter öffentlich noch darauf beharren, dass die Ukraine ihren Krieg mit Russland "gewinnen" könne, deutet dagegen ein jüngst veröffentlichter [Bericht](#) des US-Senders CNN darauf hin, dass sich dennoch Offizielle in Washington, London und Brüssel bereits ohne ihre ukrainischen Amtskollegen treffen, um einen möglichen Waffenstillstand und eine Friedensregelung zu besprechen.

Auch der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij ließ bereits verlauten, nicht näher genannte ausländische Akteure seien jetzt bemüht, "uns ein wenig" zu einer Einigung zu drängen, da die Öffentlichkeit in den Ländern, die die Ukraine unterstützen, "kriegsmüde" werde.

Der französische Präsident Emmanuel Macron dagegen [bestritt](#) öffentlich, Selenskij dazu gedrängt zu haben, im Gegenzug für ein Ende der Feindseligkeiten einige Gebiete der Ukraine aufzugeben, wie es der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger im letzten Monat vorgeschlagen hatte.

Kissinger hatte im Mai vorgeschlagen, dass die Ukraine eine Rückkehr zum "Status quo ante" akzeptieren solle – was heißen würde, dass sie ihre Gebietsansprüche auf die Krim [aufgibt](#) und den Volksrepubliken Donezk und Lugansk Autonomie gewährt. Die Halbinsel im nördlichen Schwarzen Meer gehört seit 2014 zur Russischen Föderation, während Moskau die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk kurz vor Beginn seiner militärischen Spezialoperation Ende Februar anerkannt hatte.

Selenskij hat in den letzten Monaten mehrfach seine Position zu einem möglichen Friedensabkommen geändert. Der ukrainische Präsident bekundete hin und wieder ein Interesse an Verhandlungen mit Russland, vertrat wie seine Mitarbeiter oder das US-Außenministerium kurz darauf jedoch wieder eine gegenteilige Meinung. Nachdem Selenskij Ende letzten Monats seine Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen angekündigt hatte, [erklärte](#) er nur wenige Tage später seinen Bürgern, dass es "keine Alternative zu unseren ukrainischen Flaggen" geben werde, die über den Donbass-Republiken wehen sollten.

Während des Gesprächs mit Stoltenberg am Sonntag sagte der finnische Präsident Niinistö, man verstehe in Finnland, "dass es für die Ukraine nach all den Kämpfen sehr schwierig ist, ihr Land aufzugeben". Er fügte hinzu:

"Aber dass Russland alle seine Gebiete verlieren könnte, ist zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar. Es ist absolut schwierig, Frieden zu erreichen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a6dd8bb480cc3da558b11c.jpg>  
NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg spricht zu Beginn der diesjährigen Kultaranta-Gespräche in der Sommerresidenz Kultaranta des finnischen Präsidenten in Naantali. Dieses Jahr steht das Forum unter dem Motto "Ein starker, stabiler und verantwortungsvoller Norden" (12. Juni 2022)

### 13:03 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk: Drei Tote nach ukrainischem Beschuss eines Marktes**

Nach Angaben der Vertreter der Volksrepublik Donezk haben ukrainische Truppen am Montag den Maiski-Markt in Donezk [beschossen](#). Dabei wurden drei Menschen getötet und mindestens vier verletzt.

Wie die Behörden der Volksrepublik Donezk [mitteilen](#), hat die ukrainische Armee am Montag den Maiski-Markt in Donezk beschossen.

Es wurden drei Menschen getötet und mindestens vier verletzt. Jan Gagin, Berater des Regierungschefs der Volksrepublik, erklärte gegenüber Reportern, dass unter anderem eine Frau und ein Kind unter den Opfern seien.

Auch ein Krankenhaus und eine Gasleitung seien nach Angaben der Stadtvertreter beschädigt worden. Berichten lokaler Medien zufolge seien zehn Raketen aus einem von der Ukraine kontrollierten Gebiet auf Donezk abgefeuert worden.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Qxjflw1N8JACPNh468KLGq6v2kkEU60oLUfuODoLzXeW60uwAPpz2UF7-uLzVDjBeDHM9qPKsyGkPmsNtnymm1legEm-Vzj8ptOebucyWZW6KDKen1cPE3axkbiw4p2LHyGNXft98rPdPo\\_Fr8nz86nCS9HwGih1-T4sXe2nBF6OPfF4pdh6tz4kXoFizunqKma1C2YDqvor3mSaYW-Uya0ttGPA0TLSYkYVzqh\\_HnbNU2BqMMBQfwAV3ZQ\\_8DR6bOcJCOokOzGbm1lWzKJywlVrQqF\\_MDJXxr\\_Pytm5CXbddx9-lQ\\_5HDsxp\\_3u3jgW\\_yID-N6OHUQp49sU6ooGA](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Qxjflw1N8JACPNh468KLGq6v2kkEU60oLUfuODoLzXeW60uwAPpz2UF7-uLzVDjBeDHM9qPKsyGkPmsNtnymm1legEm-Vzj8ptOebucyWZW6KDKen1cPE3axkbiw4p2LHyGNXft98rPdPo_Fr8nz86nCS9HwGih1-T4sXe2nBF6OPfF4pdh6tz4kXoFizunqKma1C2YDqvor3mSaYW-Uya0ttGPA0TLSYkYVzqh_HnbNU2BqMMBQfwAV3ZQ_8DR6bOcJCOokOzGbm1lWzKJywlVrQqF_MDJXxr_Pytm5CXbddx9-lQ_5HDsxp_3u3jgW_yID-N6OHUQp49sU6ooGA)

### 13:15 de.rt.com: **Kiew fordert Hunderte Panzer und Geschütze für Sieg gegen Russland**

Die Ukraine hat Forderungen nach umfassenden Waffenlieferungen konkretisiert, die sie nach Einschätzung der Regierung in Kiew für einen Sieg im Krieg gegen Russland benötigt. Am Montag legte Präsidentenberater Michail Podoljak die Liste auf [Twitter](#) vor:

"1.000 Haubitzen vom Kaliber 155 Millimeter, 300 Mehrfachraketenwerfersysteme, 500 Panzer, 2.000 gepanzerte Fahrzeuge, 1.000 Drohnen."

Kiew erwarte dazu vom Treffen der NATO-Verteidigungsminister am kommenden Mittwoch in Brüssel eine Entscheidung, schrieb Podoljak.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a71889b480cc2f613eda55.jpg>  
g

*Ukrainischer Präsidentenberater Michail Podoljak bei einem Exklusiv-Interview mit der Nachrichtenagentur Anadolu in Kiew, 9. April 2022*

13:40 de.rt.com: **Hillary Clinton kritisiert Emmanuel Macron für seine Aufrufe, "Russland nicht zu demütigen"**

Die frühere US-Außenministerin Hillary Clinton hat die Haltung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron gegenüber Russland kritisiert und sich gegen Verhandlungen mit Moskau ausgesprochen, schreibt die Zeitung Le Point.

Zuvor hatte der französische Staatschef in einem Kommentar zu den Kontakten mit Wladimir Putin gesagt:

"Russland darf nicht gedemütigt werden, damit wir an dem Tag, an dem die Feindseligkeiten aufhören, mit Hilfe der Diplomatie einen Ausweg finden können."

"Wenn sie sagen, dass es keinen Grund zur Demütigung gibt, scheint mir ehrlich gesagt, dass diese Phase bereits überschritten ist. Putin hat die rote Linie seit langem verletzt", erwiderte Clinton.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a72651b480cc2f0b71e814.jpg>

14:10 de.rt.com: **Warschau warnt Moskau vor möglichem Angriff: 40 Millionen Polen werden ihr Land verteidigen**

Polens Bürger sind nach Ansicht von Regierungschef Mateusz Morawiecki im Falle eines russischen Angriffs zu einem großen Widerstand bereit. Am Montag sagte der Ministerpräsident bei der Einweihung einer Sportschießanlage im schlesischen Myszkow: "Sollte Russland jemals daran denken, Polen anzugreifen, muss Russland, muss der Kreml wissen, dass es in Polen 40 Millionen Polen gibt, die bereit sind, sich der Waffe in der Hand zu erheben, um ihr Heimatland zu verteidigen."

Morawiecki betonte, der Ukraine-Krieg habe allen vor Augen geführt, dass die Freiheit nicht selbstverständlich gegeben sei. Auch Polen habe sich für mehrere Jahrhunderte "unter dem Stiefel Russlands" befunden. Er fügte hinzu:

"Wir wollen nicht in diese Unfreiheit zurück. Wir lehnen ihren Kolonialismus und Imperialismus ab."

Daher werde Polen auch seine Armee vergrößern und mit neuen Waffensystemen ausrüsten, so Morawiecki.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a724bab480cc30aa300f9b.jpg>

*Polens Premierminister Mateusz Morawiecki spricht während einer Sitzung des polnischen Sejm, 9. Juni 2022*

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: **Seit heute Morgen hat der Gegner mehrere Bezirke der Hauptstadt der DVR und Gorlowkas mit Artillerie und Mehrfachraketenwerfern angegriffen.**

Nach operativen Angaben des GZKK hatten die Angriffe die folgenden Folgen:  
Donezk:

**Kiewskij-Bezirk:**

- Uliza Rosy Luxemburg 111, Wohnung 29, **ein Zivilist, geb. 1967 wurde verletzt.**

**Budenowskij-Bezirk:**

- auf dem Gebiet des Majskij-Marktes **starben ein Mann, geb. 1978, eine Frau, geb. 1972 und ein Junge, geb. 2011. 18 Menschen, darunter 2 Kinder wurden unterschiedlich schwer verletzt.**

Folgende Häuser und zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt:

**Kiewskij-Bezirk:**

- Uliza Schtschorse 108a – Brand an einer Tankstelle;
- Uliza Schtschorse 100a – direkter Treffer auf ein Geschäft;
- Uliza Rosy Luxemburg 111a – Treffer auf das Dach eines Krankenhauses;
- Uliza Rosy Luxemburg 109, Treffer auf das Dach eines Mehrparteienwohnhauses;
- Propekt Tamanskij 20 – Brand;
- Uliza Kuindshi 55 – direkter Treffer auf ein privates Wohnhaus.

**Kujbyschewskij-Bezirk:**

- Uliza Inshenernaja 4 – das Donezker Vorschulkinderhaus „Teremok“;
- Uliza Tumanjana 18 – Krankenhaus;
- Prospekt Kowpaka 4a – Kirche;
- Prospekt Panfilowa 87 – Kulturpalast;
- Uliza Gradstroitelej 9 – direkter Treffer auf ein privates Wohnhaus, Brand;
- Uliza Rybalko 36 – direkter Treffer auf ein privates Wohnhaus;
- Uliza Rybalka – Gasleitung;
- Uliza Udarnaja 29a – privates Wohnhaus;
- Uliza Schaposchnikowa 1 – Mehrparteienwohnhaus;
- Uliza Petschatnikow 17 – privates Wohnhaus;
- Uliza Petschatnikow 20 – Geschäft „Uspech“;
- Uliza Sujewskaja -24 – Brand eines Mehrparteienwohnhaus; Gasleitung, Stromleitung, ein Auto beschädigt;
- Uliza Lenkoranskaja 19 – Mehrparteienwohnhaus;

**Budennowskij-Bezirk:**

- Uliza Polozkaja 17 – Maijskij-Markt;
- Uliza Polozkaja 18, 20, 20a, 20b, 20w – Mehrparteienwohnhäuser;
- Uliza 230. Strelkowej Diwisii 3, 4, 5, 6, 7 – Mehrparteienwohnhäuser;
- Uliza Nishnekurganskaja 5 – Mehrparteienwohnhaus;

In der Folge eines Beschusses wurde eine **Hochspannungsleitung der Elektrizitätswerke im Kalininskij-Bezirk beschädigt.**

**Gorlowka:**

- Uliza Shelesnaja 6 – Mehrparteienwohnhaus;
- Oberleitung beschädigt, der Trolleybus-Verkehr ist beeinträchtigt.

**Werchnetorezkoje:**

- **Uliza Kalinina 108** – privates Wohnhauses.

Es gehen weiter Informationen über die Folgen der Beschießungen ein.  
(Stand 15:49 Ortszeit)

15:00 de.rt.com: **Serbisches Außenministerium: Belgrad wird sich nicht gegen Moskau stellen**

Der serbische Außenminister Nikola Selaković hat während des Besuchs des österreichischen Außenministers Alexander Schallenberg in Serbien erklärt, dass das offizielle Belgrad keine Maßnahmen gegen Moskau, das Serbien unterstützt, ergreifen wird. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz beantwortete der Minister eine Frage österreichischer Journalisten zu den Russland-Sanktionen wie folgt:

"Serbien hat vom ersten Tag der Ukraine-Krise an eine klare Position eingenommen und das Vorgehen Russlands gegen die Ukraine verurteilt. Es hat erklärt, fest am Grundprinzip des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen festzuhalten, nämlich der Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller international anerkannten UN-Mitgliedsstaaten." Selaković bedauerte den bewaffneten Konflikt zwischen Kiew und Moskau als einen "Krieg zwischen Brüdern", mit denen die Serben gemeinsame Wurzeln, eine gemeinsame Kultur und eine gemeinsame Spiritualität verbinden, und sagte, dass jedes Todesopfer infolge der Kampfhandlungen eine Tragödie sei. Dennoch betonte er:

"Aber man sollte nicht erwarten, dass Serbien gegen jemanden vorgeht, der seine territoriale Integrität respektiert und der es im UN-System gegen Angriffe auf diese territoriale Integrität und Souveränität verteidigt."

Alexander Schallenberg war am Montag zu einem Arbeitsbesuch in Belgrad eingetroffen. Auf dem Programm standen neben dem Treffen mit Außenminister Selaković auch Gespräche mit Premierministerin Ana Brnabić und Präsident Aleksandar Vučić.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a72ff848fbef3dd82ec1b1.jpg>  
*Der serbische Außenminister Nikola Selaković bei einer Pressekonferenz in Budapest*

15:17 de.rt.com: **WTO warnt vor weltweiter "Mehrfachkrise"**

Laut der Generaldirektorin der Welthandelsorganisation (WTO) Ngozi Okonjo-Iweala steht die Welt vor einer Nahrungsmittel- und Treibstoffkrise. Exportrestriktionen würden die Krisen noch weiter verschlimmern, so Okonjo-Iweala. Sie plädiert für rasche Lockerungen.

Exportbeschränkungen treiben die Lebensmittelpreise in die Höhe und könnten die globale "Polykrise" weiter verschärfen, [sagte](#) die Generaldirektorin der Welthandelsorganisation (WTO) Ngozi Okonjo-Iweala am Sonntag bei der Eröffnung der zwölften Ministerkonferenz der WTO in Genf.

Laut der Beamtin ist die Welt seit dem letzten Ministertreffen im Jahr 2017 "komplexer geworden" – angesichts der anhaltenden Corona-Krise, des Krieges in der Ukraine und der daraus resultierenden Lebensmittel- und Energiekrise.

Okonjo-Iweala sagte:

"Diese Mehrfachkrise ist wirklich beispiellos. Und das Wichtigste bei all dem ist, dass kein Land diese Krise allein lösen kann. Dies ist der Zeitpunkt, ab dem die Welt zusammenarbeiten muss. Sie brauchen globale Solidarität."

Besondere Aufmerksamkeit schenkte Okonjo-Iweala den Beschränkungen durch sogenannte "Exportkontrollen", die ihrer Ansicht nach gelockert werden sollten, um eine Verschlimmerung der ohnehin schon schwierigen Lage zu vermeiden.

Okonjo-Iweala führte dazu weiter aus:

"Sie haben gesehen, dass in der Lebensmittelkrise 2008/2009 genau diese Art von Maßnahmen [Exportkontrollen] zu Preisspitzen geführt haben. In der Erklärung zur Ernährungssicherheit versuchen unsere Mitglieder zu erläutern, wie sie versuchen würden, sich bei solchen Maßnahmen zurückzuhalten. Dies ist ein sehr wichtiger Beitrag, den sie leisten können, um zu verhindern, dass die Preise für Lebensmittel noch weiter steigen."

Die WTO-Chefin wies darauf hin, dass der internationale Handel zwar dazu beigetragen habe, etwa eine Milliarde Menschen aus der Armut zu befreien, dass aber ärmere Länder und ärmere Menschen in wohlhabenden Ländern immer noch zu kämpfen hätten und oft ohne Unterstützung dastünden, während sich die Wohlhabenden mit Vorräten eindeckten.

Der Beamte wies auch auf die Situation in der Ukraine hin, die traditionell als eine der Kornkammern der Welt gilt, die aber aufgrund der militärischen Auseinandersetzung mit Russland derzeit nicht in der Lage sei, ihr Getreide zu exportieren. Die WTO schätzt, dass derzeit zwischen 22 und 25 Millionen Tonnen Getreide in den ukrainischen Häfen festgehalten werden. Die westlichen Staaten haben Russland beschuldigt, diese Exporte zu blockieren, während Russland wiederholt erklärt hat, man möchte den mit Getreide beladenen Schiffen durchaus eine sichere Durchfahrt durch das Schwarze Meer ermöglichen, dass jedoch die ukrainische Armee Hindernisse geschaffen hat, wie etwa die jüngste Brandstiftung [von Silos] im Hafen von Mariupol sowie die nicht beseitigte Verminung von Gebieten in und um die betroffenen Häfen.

Zu dieser Situation sagte Okonjo-Iweala, dass die Vereinten Nationen "die Lage unter Kontrolle haben" und in ständigen Gesprächen mit Russland und der Ukraine sowie mit der EU und anderen Einrichtungen stünden, um das Problem zu lösen. Sie brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Frage der Getreideexporte aus der Ukraine bald gelöst werden könne. Zuvor hatte Okonjo-Iweala gewarnt, dass Lebensmittelimporte aus der Schwarzmeerregion für rund 35 afrikanische Länder überlebenswichtig seien, da Russland und die Ukraine zusammen rund 24 Prozent der weltweiten Weizenlieferungen lieferten.

Der Beamtin zufolge wird auf der laufenden WTO-Tagung geprüft, ob Ausfuhrbeschränkungen für Lebensmittel aufgehoben oder gelockert werden sollen, um den Druck auf Länder zu mindern, die aufgrund der Krise in der Ukraine mit einem Mangel an Weizen, Düngemitteln und anderen Produkten konfrontiert sind. Sie wies darauf hin, dass ein Entwurf für ein Abkommen zur Lockerung der Exportmaßnahmen bereits ausgehandelt wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a72c13b480cc2e106cbd77.jpg>

## 16:00 de.rt.com: **Macron fordert Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat zu einer Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie aufgerufen. Viel Geld auszugeben, um Rüstungsgüter dann woanders einzukaufen, sei keine gute Idee, sagte Macron am Montag in Paris bei der Eröffnung einer Fachmesse für Verteidigungs- und Sicherheitstechnik in Paris:

"Eine europäische Strategie ist gut für unsere Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze und unsere Souveränität."

Europa müsse in seine Verteidigung investieren und ihr ein starkes Fundament geben. Nötig seien mehr Kooperation und eine Standardisierung zwischen den europäischen Rüstungsfirmen, um gegenüber den USA wettbewerbsfähiger zu werden.

Schneller als bisher müsse die Rüstungsindustrie auf militärische Herausforderungen reagieren können und Material auch sehr schnell liefern können, dabei gehe es um Innovationen ebenso wie um "rustikale Technik".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a73b31b480cc2f8a2bcd65.jpg>

*Emmanuel Macron beim Besuch der Rüstungsmesse (mit Offizieren und Minister), 13.06.22*

## Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 13. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 10 befreiten Ortschaften wurden **Renten- und Sozialzahlungen** durchgeführt.

In Krasnyj Liman wurde testweise eine Basisstation in Betrieb genommen. In Wolnowacha wurde die Stromversorgung eines Kommunikationsobjektes wiederhergestellt. In Mariupol wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an einem Aggregat-Knotenpunkt durchgeführt. An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 1000 Menschen.

Die Reparatur eines Ablaufrohrs am 51. Kilometer der Autostraße T-05-23 „Kremenewka – Jalta wurde abgeschlossen.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 9 Hektar Territorium untersucht und 186 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol und Wolodarskoje 5590 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Sehr geehrte Einwohner der Donezker Volksrepublik!

Im Zusammenhang mit der starken Verschärfung der militärischen Situation, mit zunehmenden Beschüssen von Ortschaften der Donezker Volksrepublik wurde, um Leben und Gesundheit der Bürger zu schützen, auf dem Gebiet der DVR ein System zur Benachrichtigung der Bevölkerung mit Elektrosystemen in Betrieb genommen.

Wenn die Sirenen ertönen, müssen sie in die Schutzräume gehen oder einen sicheren Ort aufsuchen.

Seien Sie aufmerksam! Gefährden Sie nicht Ihr Leben!

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

### 17:30 de.rt.com: **Ukraine und Corona: Bundeswehr bekommt territoriales Führungskommando**

Als Konsequenz aus der russischen Intervention in die Ukraine, der Corona-Krise und der Flutkatastrophe bekommt die Bundeswehr zum 1. Oktober ein territoriales Führungskommando. Bislang sei die operative Führung der Kräfte im Inland über viele Bereiche verteilt gewesen – nun werde sie in Berlin gebündelt und unmittelbar dem Verteidigungsministerium unterstellt, teilte Ministerin Christine Lambrecht (SPD) am Montag mit.

Leiter des Aufbaustabes und erster Befehlshaber soll Generalmajor Carsten Breuer werden, der zuletzt auch den Corona-Krisenstab im Kanzleramt führte.

Das Kommando wird wesentliche Aufgaben bei der Führung der Streitkräfte in Deutschland übernehmen, während das Einsatzführungskommando in Schwielowsee bei Potsdam die Auslandseinsätze führt. Die Bundeswehr wird dann zwei Führungskommandos für unterschiedliche Aufgaben haben. Mit der Umorganisation folgt das Ministerium auch den Erkenntnissen aus der Arbeit des Corona-Krisenstabes, dass im Kanzleramt in besonderen Situationen rasch ein Krisenstab mit der Arbeit beginnen kann.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a75662b480cc2e106cbdaf.jpg>

*Generalmajor Carsten Breuer im Corona-Krisenstab (18.03.22)*

### 17:52 de.rt.com: **Sacharowa: USA behindern seit 2001 die Kontrollverfahren des Biowaffenabkommens**

Washington starte gerade eine Informationskampagne, um seine militärbiologische Tätigkeit im postsowjetischen Raum zu rechtfertigen, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums. Russland ruft die USA hingegen auf, die Verpflichtungen aus dem Biowaffenabkommen einzuhalten.

Die Beteuerungen Washingtons, die Arbeit der US-Biolaboratorien in der Ukraine sei ausschließlich friedlicher Natur, seien propagandistisch. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS am Sonntag. Sie forderte eine Erklärung zu den Beweisen für die militärbiologische Tätigkeit der USA auf ukrainischem Staatsgebiet.

"Wir betrachten dies als Desinformation und als Teil einer von Washington eingeleiteten Informationskampagne, mit der die militärbiologischen Aktivitäten der USA in der ehemaligen Sowjetunion gerechtfertigt werden sollen, um die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit von ihrem wahren undurchsichtigen und anrühigen Charakter abzulenken, der im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen Washingtons steht, einschließlich derjenigen im Rahmen des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen (BWÜ)", betonte Sacharowa.

Bei der russischen Militäroperation in der Ukraine war ein Netz von Biolaboratorien aufgedeckt worden, das nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums von Washington aus finanziert und betrieben worden sei.

"Der Kommentar des US-Militärs wirkt besonders zynisch vor dem Hintergrund der Fakten und Beweise, die während der speziellen Militäroperation in der Ukraine gewonnen wurden und die bestätigen, dass biologische Laboratorien in der Ukraine, die von der Defense Threat Reduction Agency und den ihr angeschlossenen Unternehmen unterstützt werden, militärbiologische Aktivitäten durchführen, die gegen die Artikel I und IV des BWÜ verstoßen", so die Außenamtssprecherin.

Laut Sacharowa ist die Ukraine nicht der einzige Staat der ehemaligen Sowjetunion, in dem das Pentagon militärbiologische Aktivitäten durchführt. Ernsthafte Fragen werfe zum Beispiel auch die langjährige Arbeit des Lugar Public Health Research Center in Georgien auf, wo die militärische US-Mission "United States Ground Forces-Georgia Medical Research Directorate" dauerhaft stationiert sei.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums sagte:

"Die Vereinigten Staaten schweigen aus offensichtlichen Gründen lieber über ihre Arbeit im postsowjetischen Raum und stellen keine Informationen im Rahmen der vertrauensbildenden Maßnahmen des BWÜ zur Verfügung. Die Behauptung, dass das Pentagon und die damit verbundenen Strukturen sich ausschließlich auf Gesundheitsfragen konzentrieren, stimmt nicht. Es liegt auf der Hand, dass die Hilfe im Gesundheitsbereich nicht die Beteiligung des US-Militärs erfordert."

Sacharowa wies auch auf die "höchst unlogische" Position der USA zu einem rechtsverbindlichen Protokoll zum Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen (BWÜ) hin. Der Sprecherin des Außenministeriums zufolge setzt sich Washington zwar formal für die Einhaltung des Übereinkommens ein, blockiert jedoch in Wirklichkeit seit dem Jahr 2001 konsequent die Wiederaufnahme der Arbeiten an dem Protokoll, das die Funktionsfähigkeit der Überwachungsmechanismen ermöglicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a71e2548fbef349643bfc2.jpg>

**abends:**

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 13.06.22**  
**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 160 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ sowie Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm abgefeuert.**

Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 3 Zivilisten, 19 wurden verletzt, darunter 2 Kinder**. 25 Wohnhäuser und 11 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 – „Grad“, ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“, 4 Lastwagen, ein Feldpunkt zur Leitung von Drohnen und mehr als 50 Mann des Gegners. 3 Feuerpunkte des Feindes im Gebiet von Awdejewka wurden unterdrückt.

**Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 8 verletzt wurden.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:30 de.rt.com: **Raketenbeschuss auf Donezk dauert auch am Abend an**

In Donezk anwesende RT-Journalisten berichten von massivem Artillerie- und Raketenbeschuss. Lokale Journalisten schätzen ein, dass es solch langandauernden und intensiven Beschuss in den acht Jahren Krieg noch nicht gegeben hätte.

Auf Videos hört und sieht man Explosionen, die nur von Raketen, wahrscheinlich des Typs "Uragan" stammen können.

Ein Beobachter vor Ort [schreibt](#) dazu:

"Es wird Sie überraschen, aber in den acht Jahren, in denen in Donezk gekämpft wird, kann ich mich nicht an derartige Aktivitäten der ukrainischen Artillerie im Stadtzentrum erinnern. Es gab alles Mögliche an Horror, es gab Vieles, aber an so etwas kann ich mich nicht

erinnern.

Ich schreibe dies auf dem Flur hockend, über meinen Laptop gebeugt. Ein wenig ängstlich, mit meiner schwangeren Frau und dem Baby an meiner Seite. Ich schreibe, mein Handy liegt auf der Fensterbank und macht Fotos, und in meinem Kopf geistert die Frage: Was ist mit den (ukrainischen) Entscheidungszentren?

Video eines Abonnenten, Aufnahmen aus dem Zentrum von Donezk. Schauen Sie es sich aufmerksam an. Nach Ansicht des deutschen Bundeskanzlers Scholz ist dies lächerlich."

Ein anderer Einwohner von Donezk schreibt:

"Es ist, als wollten sich die Ukrainer für den verlorenen Krieg bei uns rächen."

### 18:43 de.rt.com: **Soll Maduro die deutsche Wirtschaft retten? – Bundesregierung will plötzlich Öl aus Venezuela**

Nachdem die verheerenden Auswirkungen der antirussischen Sanktion die deutsche Wirtschaft immer stärker treffen, ist die Bundesregierung eilig auf der Suche nach einer Lösung aus dem selbstverschuldeten Dilemma – nun soll die Energie-Rettung ausgerechnet aus Venezuela kommen.

Wie das Handelsblatt am Montag [berichtet](#), öffnen die USA zumindest für einige Zeit ihre Handelsbeziehungen zu Venezuela. Washington ermöglicht es nun dem italienischen Energiekonzern Eni und dem spanischen Unternehmen Repsol, venezolanisches Öl nach Europa zu transportieren.

Jetzt plant auch die Bundesregierung die Raffinerie im brandenburgischen Schwedt mit Öl aus dem bis vor kurzem noch als Paria-Staat behandelten Venezuela zu versorgen. In der Stadt an der polnischen Grenze, in der bisher russisches Öl verarbeitet wurde, wird der Großteil des Treibstoffbedarfs Ostdeutschlands produziert. Im Großraum Berlin-Brandenburg stammen sogar 90 Prozent der fossilen Kraftstoffe aus dem kleinen Ort in Brandenburg.

Der Kontrakt mit Eni hat ein Volumen von 3,8 Millionen Fass (Barrel) und der mit Repsol wird nach Einschätzungen des Handelsblatts ähnlich groß sein. Dazu hat die US-Regierung bereits eine Lizenz des amerikanischen Chevron-Konzerns verlängert, die Verhandlungen mit dem venezolanischen Staatsunternehmen PDVSA erlaubt.

Offiziell wollte sich weder das Bundeswirtschaftsministerium unter Robert Habeck (Grüne) noch das Auswärtige Amt um eine Stellungnahme bemühen. Seit Verhängung der antirussischen Sanktionen, die der deutschen Wirtschaft massiv zusetzen, ist die Bundesregierung weltweit auf der Suche nach neuen Energielieferanten. Geplante Verträge mit dem Emirat Katar sind jedoch bislang noch nicht zustande gekommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a7647d48fbef3a0804913b.jpg>

Venezuelas Präsident Nicolas Maduro besucht Iran, 11. Juni 2022, Teheran